

Zur gegenwärtigen Situation der amerikanischen Gewerkschaften

I.

Wie sehr, trotz aller bössartiger Kritik, heute die Gewerkschaftsbewegung in den USA einfach durch ihre Existenz ein „Faktor“ geblieben ist, zeigt sich an einer merkwürdigen Stelle: Senator *Joe McCarthy*, der Außenministerium und Universitäten, protestantische Kirche und Armee und nicht wenige andere Institutionen des öffentlichen Lebens en bloc oder in repräsentativen Namen attackiert, hat bisher noch niemals die Verbände der großen Arbeiterorganisationen in seine Denunziationskampagnen einbezogen (bis auf einen kleinen, vom CIO wegen kommunistischer Infiltration ausgeschlossenen Verband). Zeigt sich auch hier, daß nicht festgelegte, für eine Zeit gewissermaßen im Hintergrund verharrende Gruppen durch ihre „Undurchsichtigkeit“ an sich schwerer zu attackieren sind als andere? Dieser Umstand bildet jedenfalls die Grundlage, so scheint es, einer recht realistischen Überlegung im Lager der „McCarthyisten“: Man kann nicht ewig auf dem einen Pferd der „kommunistischen Gefahr“ herumreiten. Um als Demagoge wirklich Macht in die Hand zu bekommen, genügt es auf die Dauer nicht, durch ein Senatskomitee Zeugen und „Verdächtige“ zu terrorisieren. Warum sich nicht zum Sprecher der Massen machen? Die *soziale Demagogie* könnte das Mittel sein, um den Senator von Wisconsin wirklich zu einer „Führer-Imitation“ zu machen! Ein Probealarm in dieser Richtung wurde bereits gegeben: McCarthy hat sich mit einer utopisch hohen Ziffer für weitere Subventionen an die unruhig werdenden Farmer eingesetzt. Was kann ihn hindern, morgen, falls die Depression kommt, sich zum Sachwalter der Arbeiter und Arbeitslosen aufzuwerfen? Natürlich wird kein verantwortlicher Arbeiterführer auf den Trick hereinfliegen. Aber werden alle arbeitslos werdenden Arbeiter immun dagegen sein?

II.

Was im Hintergrund die Beziehungen zwischen Administration und Gewerkschaftsbewegung immer von neuem bedroht, ist die Kontroverse über das im Jahre 1947 im Kongreß angenommene „Labor-Management-Relations“-Gesetz (*Taft-Hartley*). Unter dem Druck einer ungeduldig werdenden öffentlichen Meinung haben — gegen den Widerstand *Trumans* — vor sieben Jahren in einem von der Demokratischen Partei beherrschten Kongreß Mehrheiten beider Häuser diese, die 1935 Gesetz gewordene „Wagner Act“ teilweise außer Kraft setzende Serie von Bestimmungen beschlossen, die praktisch den Einfluß der Gewerkschaften — besonders im Betrieb — beschneiden. Die Gewerkschaftsführer aller Verbände und die fortschrittlich eingestellten Demokraten haben immer wieder die Zurückziehung des Gesetzes verlangt. Eisenhower hat in seiner Wahlkampagne „Ergänzungen“ zugesagt und in seiner „Botschaft an die Nation“ am 11. Januar 1954 fünfzehn solcher Ergänzungen vorgeschlagen, nachdem der aus der „American Federation of Labor“ stammende erste Arbeitsminister der republikanischen Verwaltung, *Martin P. Durkin*, zurückgetreten war mit der Begründung, das Weiße Haus hätte eine Vereinbarung mit ihm gebrochen, 19 von ihm vorgeschlagene Punkte, die auf arbeiterfreundliche Erleichterungen hinausgelaufen wären, zu übernehmen.

Im Grunde haben 14 der „Punkte“ des Präsidenten weder die Unternehmer noch die Arbeitnehmervertreter wesentlich beeindruckt. Beide hatten Grund, unzufrieden zu sein. Die „National Association of Manufacturers“ hatte am 3. Januar den Kongreß in deutlichen Worten aufgefordert, das Taft-Hartley-Gesetz entweder völlig im Sinne der Unternehmer zu ändern oder es aber so zu lassen, wie es ist. Die Gewerkschaftsführer,

voran *Walther P. Reuther*, erklärten vor dem „Senate Labor Committee“ am 27. Januar, daß die Administration gut klingende Allgemeinplätze zusammen mit konkreten anti-gewerkschaftlichen Vorschlägen präsentiert habe.

Ein Punkt der Eisenhowerschen Ergänzungsvorschläge hat eine stürmische Diskussion erregt. Er schlägt vor, daß bei einem von der Gewerkschaftsleitung proklamierten Streik von Regierungsseite überwachte Arbeiterabstimmungen stattfinden müssen, um festzustellen, ob die „Massen“ ihn wirklich wollen. Wie das praktisch gemeint ist, weiß bisher kein Mensch. Der Vorsitzende des „Senate Labor Committee“, *Smith*, hat Journalisten gegenüber erklärt, daß die Abstimmung *nach* jedem Streik stattfinden solle. Der Arbeitsminister, *James Mitchell*, meinte dagegen, daß sie *vorher* stattfinden müsse. Im übrigen ließ er durchblicken, daß er von der ganzen Sache wenig halte, während der republikanische Senator von New York, *Irving Ives* — als Fachmann in Arbeiterfragen bekannt — kurzweg erklärte: „So geht es nicht!“ Der Präsident, in einer Pressekonferenz befragt, verwies die Fragenden an die Beschlüsse, die der Kongreß fassen würde!

In gewisser Beziehung ist der Streit um das Taft-Hartley-Gesetz ein Schattenspiel. Beide Seiten sind sich darüber klar, daß in dem republikanischen Kongreß weder an einen Widerruf des bestehenden Gesetzes noch an eine wesentliche Änderung in dem einen oder anderen Sinne zu denken ist. Die Meinungsverschiedenheiten in beiden Parteien sind einfach zu groß, als daß man einen wirklichen Kampf riskieren könnte. Es ist nicht einmal sicher, ob es überhaupt zu Beratungen über die Ergänzungsvorschläge kommen wird. Die Administration hat kein Interesse daran, nachdem Durkins Rücktritt bereits Verstimmung genug geschaffen hat, die Führer der Gewerkschaften wirklich in die Arena zu rufen. Auf der anderen Seite haben die Gewerkschaften genug andere Sorgen. Sie nutzen den „bewaffneten Waffenstillstand“ mit der Administration zur Stärkung der eigenen Reihen aus und provozieren keine verfrühten „politischen“ Entscheidungen.

Außerdem kristallisieren sich zwei Entwicklungslinien heraus, die, obwohl sie im allgemeinen in der Presse nur im Kleindruck erwähnt werden, weit wichtiger sind als die Auseinandersetzungen über das Taft-Hartley-Gesetz: Die eine ist, daß der neue „National Labor Relations Board“, der ursprünglich als „New-Deal“-Einrichtung eine grundsätzliche pro-gewerkschaftliche Haltung einnahm, möglicherweise sehr bald seine „Zähne zeigen“ oder, wie der demokratische Abgeordnete *Humphrey* bereits im Oktober 1953 voraussagte, sich als definitiv arbeiterfeindlich ausweisen wird. — Die zweite ist, daß, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, die Einzelstaaten anti-gewerkschaftliche Gesetze einführen. Am 25. Februar wurde — kleingedruckt — mitgeteilt, daß Mississippi der 15. Staat ist, der den bisher „federal“ garantierten „Union shop“ verbietet. (Der „Union shop“ verpflichtet jeden in einen Betrieb neueintretenden Arbeiter, nach kurzer Zeit der dort bestehenden Gewerkschaft beizutreten.)

Der durch das Taft-Hartley-Gesetz verbotene „Closed shop“, durch den in einen Betrieb, in dem eine Gewerkschaft als Verhandlungspartner mit dem Unternehmer anerkannt war, nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden konnten, war in vielen Fällen zu einem „racket“ geworden: phantastisch hohe Aufnahmegebühren hatten ihn zu einem blühenden Geschäft für zweifelhafte örtliche „Organisatoren“ gemacht. — Wenn der „Union shop“ dagegen jetzt durch die „kalte“ einzelstaatliche Gesetzgebung für illegal erklärt wird, verliert die Gewerkschaft einen wirklichen Halt: Warum sollen einzelne Arbeiter, die durch den Vertrag, den die Gewerkschaft des Betriebes mit dem Unternehmer geschlossen hat, sowieso in den Genuß der so erworbenen Verbesserungen kommen, eigentlich noch Mitgliedsbeiträge in einer Gewerkschaft zahlen? Hier wird an den Solidaritätsgedanken überhaupt gerührt. Aber nicht nur das; auch

die Gewerkschaftskassen sind gefährdet! — Der amerikanische Arbeiter geht sowieso nicht aus Idealismus in eine Gewerkschaft, sondern weil sie ihm Vorteile bringt. Was wird geschehen, wenn 80 von 100 der Meinung sind, daß es genügt, wenn die 20 „Organisierten“ für sie diese Vorteile erhandeln?

III.

Die entscheidende Frage für die amerikanischen Gewerkschaften ist und bleibt aber das Problem einer *einigen* Arbeiterbewegung, d. h. vor allem die Hinwegräumung der Hindernisse, die den Wiederzusammenschluß der „American Federation of Labor“ (AFL) und des „Congress for Industrial Organizations“ (CIO) verzögern. Die Einbeziehung der Bergarbeiter von *John L. Lewis* in die Einigungsverhandlungen ist vor einiger Zeit von *George Meany*, dem Vorsitzenden der AFL, ausdrücklich abgelehnt worden. (Am Rande bemerkte er kennzeichnenderweise, daß der Zusammenschluß von CIO und AFL eine „Möglichkeit“, aber keine „Wahrscheinlichkeit“ sei!) Nichtsdestoweniger würde zu einem späteren Zeitpunkt, sollte es doch irgendwann zu der Einigung der beiden großen Verbände kommen, die Hinzuziehung der „United Mine Workers of America“ (UMWA) und der unabhängigen Eisenbahner-„Brotherhoods“ sich von selbst ergeben.

Vorläufig ist man von der Einheit der Kernverbände noch weit entfernt. Die Übereinkunft, zu der sich CIO und AFL theoretisch herbeigefunden haben, nämlich in Zukunft das gegenseitige Abwerben von Mitgliedern zu unterlassen, hat praktisch zu neuen Mißhelligkeiten geführt. Bis heute ist unklar, welche AFL-Gewerkschaften und wie viele von den 33 CIO-Verbänden sich an die im letzten Vierteljahr 1953 abgeschlossene Vereinbarung wirklich halten werden. Auf der anderen Seite haben inzwischen sowohl innerhalb der AFL als auch zwischen deren Verbänden und denen des CIO die Versuche, die „Raids“ auszumerzen, örtlich gewisse Erfolge gehabt.

Ob sich der „Pakt“ als ganzer wirklich auswirken wird, hängt aber immer noch davon ab, ob die wichtigen Einzelgewerkschaften der Zentralverbände ihn überhaupt unterzeichnen werden. Die „International Brotherhood of Teamsters“ (Fuhrleute), die stärkste, 1,4 Millionen Mitglieder umfassende AFL-Gewerkschaft, hat noch im Februar 1954 deutlich erklärt, daß sie daran nicht dächte. Ihr Präsident, *Dave Beck*, hat z. B. — revoltierend gegen Meanys gegensätzliche Erklärung — ausdrücklich gesagt, daß, wenn überhaupt über die Einheit usw. verhandelt werden würde — wofür auch er sei —, natürlich Lewis und die „Brotherhoods“ zugezogen werden müßten.

Theoretisch ist der „Pakt“ seit dem 1. Januar 1954 in Kraft, obwohl auch der CIO, dessen Hauptverbände — wie man mitgeteilt hat — unterzeichnet haben, bisher die Unterschriften nicht ausgetauscht hat — was ihn erst rechtskräftig machen würde. Von den 111 AFL-Verbänden hatten sich Ende Februar erst 41 zur Gegenzeichnung bereit erklärt.

Selbst wenn *Dave Beck*s Auffassung, daß an Stelle der zwischen den Spitzengewerkschaften geplanten Regelung individuelle Vereinbarungen örtlicher Verbände treten sollten (die „Teamsters“ haben solche Abmachungen), ernst gemeint ist, taucht in dem pointierten Hinweis auf die Notwendigkeit, die Gruppe von *John Lewis* zu allen Einheitsbesprechungen zuzuziehen, indirekt die entweder gegen *Meany* oder gegen *Reuther* gerichtete (Opposition kennzeichnende) Drohung auf, sich möglicherweise mit dem „old man“ auf eigene Faust zusammenzutun. Beim CIO herrscht das gleiche Problem. Hier ist *David J. McDonald*, der Führer der Stahlarbeiter, ein Gegner *Reuthers*, der gute Beziehungen zu *Lewis* unterhält.

Die Einheit der amerikanischen Arbeiterbewegung rückt durch diese internen Streitigkeiten aber nicht näher.

IV.

Eine Möglichkeit besteht, daß die inner- und zwischenorganisatorischen Differenzen zurücktreten, wenn sich die beiden großen Gewerkschaften in praktischer Arbeit treffen. Das wird u. a. möglicherweise der Fall sein bei der Bekämpfung der sich am Horizont abzeichnenden steigenden Erwerbslosigkeit. Nachdem George Meany in einer Erklärung zum Jahreswechsel bereits die Administration beschwörend auf bevorstehende Schwierigkeiten in dieser Richtung hingewiesen hatte, hat Walther Reuther im Januar 1954 in einem Brief an den Arbeitsminister noch einmal besondere Maßnahmen zur Eindämmung der drohenden Arbeitslosigkeit verlangt und bestimmte Vorschläge angefügt. Bisher hat sich allerdings niemand gerührt, Beschlüsse dazu herbeizuführen.

Man darf jedoch nicht annehmen, daß die Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsführern und dem „Weißen Haus“ abgebrochen seien. Die führenden Männer der Gewerkschaften gehören zu einem beratenden Ausschuß für Arbeiterfragen, der theoretisch ständig das Ohr des Präsidenten — oder seines Stabes, was einen kleinen Unterschied ausmacht — hat. Und wenn Reuther seinerzeit, der Rede des Außenminister *John Foster Dulles* auf dem CIO-Konvent die Bemerkung anfügte, daß man in allen grundsätzlichen Fragen die offizielle amerikanische Außenpolitik unterstützen würde, so ist das ebenso typisch für die „loyale Opposition“ der Arbeiterbewegung wie die Formulierung Meanys im Dezember 1953, daß man „keine politische Macht anstrebe, um die Regierung zu beeinflussen“, mit der Ausnahme, daß man sich auch weiterhin das Recht nehme, z. B. gegen das Taft-Hartley-Gesetz anzugehen.

Dennoch weiß jeder, daß man, im Rahmen anerkannter Regeln, auf zwei verschiedenen Seiten eines Schachbretts sitzend, nur auf einen schwerwiegenden Fehler des Partners wartet, um Schach zu sagen. Heute überläßt man die Initiative noch den Republikanern. Viele Gewerkschaftsführer aber haben das Empfinden, daß man diesen Zustand auf die Dauer nicht aufrechterhalten kann. Es scheint, daß (und zwar als Einheit!) man irgendwann wieder selbst einen Zug tun wird — wahrscheinlich in den Fragen bestimmter Sicherungen für die Arbeiterschaft im Fall einer kommenden ernsthaften Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaftsführer haben mehrmals der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß, falls wirklich eine Depression kommt, der relative Wirtschaftsfriede zu Ende sein wird, Streiks und Aussperrungen zunehmen werden.

Es besteht nicht allzuviel Hoffnung, daß von ihnen vorgeschlagene Maßnahmen administrativ in Angriff genommen werden. Im Gegenteil. Bei den Gewerkschaften entsteht in wachsendem Maße der Eindruck, daß Schiedsgerichte und Gerichte, die man sonst bei Arbeitskonflikten anrufen müßte, den Forderungen der Arbeiterschaft ablehnend gegenüberstehen würden: Einige örtliche Entscheidungen, die in letzter Zeit in solchen Fällen getroffen wurden, scheinen in diese Richtung zu deuten.

Die republikanische Verwaltung sieht sich — größtenteils durch eigene Schuld — heute einem in der Bevölkerung zunehmenden Gefühl der Unsicherheit gegenüber. Das gilt sowohl für die Außenpolitik als auch für die innere Entwicklung. Man vermißt jede zielbewußte Führung. Die Folge ist, daß aus der Symbiose von Unsicherheit der Öffentlichkeit und Unentschiedenheit der Führung sich entweder Hysterie (McCarthyismus) oder zunehmende Panik (Prophezeiungen einer katastrophalen Wirtschaftskrise) entwickeln, die sowohl eine fruchtbare Weltpolitik als auch eine abgewogene Innenpolitik gefährden. Auch die Gewerkschaftsbewegung wird sich aus diesem „circulus vitiosus“ nicht lange mehr heraushalten können.

Dann wäre die Zeit des — freiwilligen — Abwartens für die amerikanische Arbeiterbewegung zu Ende, und sie würde mit einem Mal wieder im Vordergrund praktischer Politik stehen. Man wird jedenfalls in den nächsten Monaten die sich hier andeutende Entwicklung im Auge zu behalten haben.